

# Kleingewerbe und Abbaupolitik

Autor(en): **Gmür, H.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **14 (1934-1935)**

Heft 7

PDF erstellt am: **29.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-332106>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

die Arbeiterschaft im Verein mit den Bauern erreichen, wenn sie in nächster Zeit eine kluge, weitherzige und doch grundsatztreue Politik verfolgen wird.

---

## Kleingewerbe und Abbaupolitik

Von Dr. H. G m ü r.

Eine Senkung der Preise kann unsern Export bei den heutigen Zuständen im Welthandel nur sehr wenig und dabei höchstens vorübergehend fördern. Mit Schutzzöllen, Devisen- und Einfuhrsperrn hält heute das Ausland jede unerwünschte Einfuhr von seinen Grenzen fern, mit einer Mauer also, gegen die mit Preismanövern allein nichts auszurichten ist, und die zudem sofort erhöht und erweitert werden kann, wenn sie sich irgendwo als durchlässig erweist. Und gelingt es dennoch einmal, den Absatz schweizerischer Produkte unter Verdrängung der bisherigen, vielleicht einem dritten Lande angehörenden Lieferanten zu heben, so wird die vor allem in faschistischen Ländern durch keinerlei politische Rücksichten gehemmte Konkurrenz ihrerseits einen neuen Lohnraub erzwingen und damit das verlorene Uebergewicht zurückzuerlangen wissen. Es geht denn auch selbst aus Aeußerungen prominenter Abbaupolitiker hervor, daß das wahre Ziel unserer Deflationisten weit weniger in der Förderung der Ausfuhr als vielmehr in der *Wiederherstellung* der teilweise gewiß übel zusammengeschnittenen *Profite* auf Kosten der Arbeit zu suchen ist. Die Abbaupolitik, unter allen Umständen sinnlos und gefährlich, muß damit erst recht zur Katastrophe führen. Denn die Beträge, um die man das Einkommen der Arbeiter und Angestellten zugunsten der Kapitalisten verkürzt, werden von diesen in der Hauptsache nicht etwa zum Kauf von Konsumgütern (natürlich auch nicht von Produktivgütern, für die es heute überhaupt keine Verwendung gibt) gebraucht werden: sie werden dem Vermöglichen erlauben, seine Reserven zu schonen, von denen er gegenwärtig zehrt, oder neue Werte zu thesaurieren, in den Geldschrank zu stecken. Das Verhältnis zwischen Güterangebot und Güternachfrage muß damit eine neue Verschiebung zuungunsten der Nachfrage erleiden, und jener spiralenförmige Prozeß, der über Produktionseinschränkung und Arbeitslosigkeit zu neuem Kaufkraftschwund und damit wiederum zu einem Rückgang der Erzeugung und so weiter führt, wird unweigerlich zur Auslösung gelangen, immer neue werktätige Schichten der Verarmung preisgeben und schließlich sogar die Profite — die ganze Hoffnungslosigkeit der Lage der besitzenden Klasse wird hier deutlich — einen neuen Zusammenbruch erfahren lassen.

Die freierwerbenden Handwerker und Kleinhändler hätten unter einer derartigen Entwicklung ganz besonders zu leiden. Hält man sich vor Augen, was das Kapital mit der ganzen Aktion bezweckt, so erscheint es zunächst mehr als fraglich, ob der den Gewerbetreibenden neuerdings auferlegte Preisabbau (an sich sind die Preise für gewerbliche Leistungen bereits erheblich gesunken!) durch die gleichzeitige

Senkung der Miet- und Kapitalzinsen und der Materialpreise wirklich wettgemacht würde. Einzig der Abbau der Löhne würde wohl auch hier mit Gründlichkeit durchgeführt. Doch spielen die Löhne gerade in den von der Krise am stärksten betroffenen kleinsten Betrieben, in denen der Meister allein arbeitet oder doch die Hauptarbeit leistet und sich einen einzigen Gesellen, und diesen oft nur gelegentlich, hält, eine verhältnismäßig geringfügige Rolle. Dabei gab es in der Schweiz im Jahre 1929 in Handwerk und Industrie bei insgesamt 96,000 dem Fabrikgesetz nicht unterstellten Betriebsinhabern 41,000 Alleinbetriebe und 36,000 Betriebe mit nur 2 bis 3 Beschäftigten, und im Kleinhandel ist das Ueberwiegen der Zahl der Inhaber allerkleinster Geschäfte noch viel deutlicher.

Der neue Schwund der Massenkaukraft würde die Kleinmeister und Kleinkaufleute aber selbst dann hart bedrängen, wenn ein Preisabbau für ihre Leistungen nicht ohne weiteres diktiert würde. Geringere Nachfrage und damit *wachsender Mangel an Beschäftigung, verschärfte Preisunterbietungen* wären notwendigerweise die Folgen der verminderten Kauffähigkeit der Lohn- und Gehalt empfänger, der ebenfalls um einen Teil ihres Einkommens geprellten Bauern. Und hinzu käme, daß Schichten der Bevölkerung, die bisher noch zu den Kunden mittelständischer Einzelgeschäfte gehörten, sich nun ebenfalls veranlaßt sähen, ihren *Bedarf bei der Migros, der Epa und im Warenhaus zu decken*, ihre Schuhe in Großsohlereien sohlen zu lassen und an Stelle von Maßanzügen sich billige Konfektionsware zu kaufen. Weit entfernt, den Mittelstand von irgendeiner seiner Nöte zu befreien, müßte also die Abbaupolitik vielmehr alle Schwierigkeiten steigern, in denen er sich windet, und für zahlreiche Existenzen den vollständigen Ruin, ein kaum vorstellbares Maß der Verelendung heraufbeschwören. Welche Haltung fähige und verantwortungsbewußte Vertreter mittelständischer Belange dem sogenannten Programm Schultheß gegenüber einnehmen müßten, kann danach keine Frage sein.

Eigentümlicherweise hat nun aber der Große Vorstand des *Schweizerischen Gewerbeverbandes* sich in seiner *Eingabe an den Bundesrat* grundsätzlich für die *Abbaupolitik* ausgesprochen. Er stellt zwar die Bedingung, der Preisabbau dürfe nicht einseitig auf Kosten des Gewerbes erfolgen, die Entwertung der Warenlager, Geschäftseinrichtungen und Liegenschaften durch die Preissenkung sei durch die Gewährung einer weitgehenden Stundung im Gewerbe, ferner durch eine Herabsetzung des Zinsfußes oder der Schulden selbst auszugleichen. Nicht nur die Notwendigkeit der »Anpassung« der Produktionskosten steht für ihn aber eindeutig fest, es ist auch offensichtlich, daß er sie durch den Abbau der Löhne und Preise, nicht auf dem nach seiner Auffassung andernfalls unvermeidlichen, doch weniger überblickbaren Wege der Anpassung des Wechselkurses zu erreichen wünscht. Der Lohnabbau für das öffentliche Personal wie für die Privatarbeiterschaft wird vor allem mit Nachdruck befürwortet, die dreiste Behauptung, der Preisabbau sei überall zum Stillstand gekommen, wo die Gestehungskosten in hohem Maße durch die Löhne bedingt sind, wird

zur Rechtfertigung dieser Forderung aufgestellt, trotz allen Lohnkürzungen, die der schweizerische Arbeiter bereits hat durchkosten müssen, ja, in echt reaktionärer Weise wird eine weitgehende Unterstützung der Arbeitgeber durch die Behörden bei Lohnkämpfen verlangt.

Ist der Vorstand des Gewerbeverbandes so naiv, zu glauben, die Deflationspolitik vermöchte die schweizerische Volkswirtschaft und insbesondere den freierwerbenden Mittelstand aus ihren Bedrängnissen zu befreien? Durchaus nicht! Er stellt eine derartige Behauptung an keiner Stelle auf. Im Gegenteil: er weiß genau, daß der *Abbau* eine *Verschärfung der Krise* mit sich bringen wird. In der am 16. Februar in der »Schweizerischen Gewerbezeitung« publizierte Ergänzung zur Eingabe an den Bundesrat lesen wir: »Wird . . . in unserer schweizerischen Wirtschaftspolitik der Weg der Einsparungen eingeschlagen . . ., so wird man für die Notstandsarbeiten nur ungenügende Beträge bereit haben; man wird die Preisstützungsaktion für die Landwirtschaft abbauen müssen; man wird die Beiträge an Arbeitslosenversicherung und an die Krisenkassen erheblich kürzen und auch keine Entschuldungsaktionen mehr durchführen können. . .« Selbstverständlich führen solche Vorkehrungen zur Verschärfung der Krise. Wenn die Arbeitsmöglichkeiten auch im Baugewerbe und in der Inlandsindustrie zurückgehen, muß die Zahl der Arbeitslosen ansteigen, der Druck auf dem Arbeitsmarkte wachsen und ein Abbau der Löhne nach dem natürlichen Gesetze des Ueberangebotes eintreten. Daß bei einem derartigen Zerfall der allgemeinen Wirtschaft des Landes auch die Gehälter und Löhne des Personals der öffentlichen Dienste nicht gehalten werden können, dürfte ohne weiteres klar sein.

Es soll hier die Unvermeidlichkeit des Lohnabbaus gezeigt werden. Wer aber erkennt, daß aus einer Einschränkung der Ausgaben des Bundes ein Sinken der Beschäftigung in der Inlandsindustrie hervorgeht, gibt damit zu, daß jedes Sinken der Kaufkraft der Arbeitenden eine weitere Schrumpfung der Produktion nach sich zieht, daß also auch dann, wenn man mit dem Lohnabbau beginnt, keine andern Folgen zu erwarten sind. Die Herren wissen aber auch, wie schlecht die Operation dem Gewerbe selbst bekommen würde. »Man ist sich im Gewerbe bewußt«, schreiben sie dem Bundesrat, »daß ein Lohnabbau nicht zum Nutzen des eigenen Betriebes, sondern im Interesse der Allgemeinheit durchgeführt würde, und daß zudem *jeder Lohnabbau . . . die wirtschaftliche Lage des Gewerbes selbst verschlechtert*!« Der Gewerbeverband unterstützt also bewußt eine Politik, die den Interessen von Volk und Mittelstand schnurgerade zuwiderläuft. Wie ist dies zu verstehen?

Der Gewerbeverband selbst wird uns antworten (vgl. die Ergänzung zu seiner Eingabe an den Bundesrat): weil es, von der Abwertung vielleicht abgesehen, neben der Deflation eine einzige Möglichkeit schweizerischer Wirtschaftspolitik gibt, die der großzügigen Krisenbekämpfung auf Kredit, und weil wir dabei in eine Schuldenwirtschaft geraten müßten, die auf die Dauer verhängnisvoll wäre. Mit der Ansicht, daß durch

Arbeitsbeschaffung im großen auf Kredit der heutige Wirtschaftszerfall nicht wirklich zu überwinden ist, sind auch wir einverstanden, soweit wir die herrschende Krise als eine Dauerkrise betrachten. Aber damit ist die Haltung der Gewerbeführer nicht erklärt und nicht entschuldigt. Denn einmal wäre es viel leichter zu verantworten, brachliegende Kapitalien zur Arbeitsbeschaffung zu verwenden, sogar wenn damit nur auf Monate hinaus geholfen werden könnte, als die Wirtschaft unverzüglich der Katastrophe preiszugeben, die die Deflation bedeutet, und außerdem gibt es neben Deflation und Arbeitsbeschaffung auf Kredit einen dritten Weg, den der Planwirtschaft, der, ohne die Staatsfinanzen in Gefahr zu bringen, dauernd aus der Krise hinauszuführen und dabei auch den mittelständischen Freierwerbenden eine auskömmliche Existenz zu sichern verspricht. Daß die Leitung des Gewerbeverbandes diese Möglichkeit von vornherein ignoriert, verrät nichts anderes, als daß sie sich eben in den Händen großer und kleiner Herren befindet, denen, ähnlich wie den in der Bauernpolitik vielfach führenden Dividendenbauern, nicht eigentlich das Interesse des Standes, den sie vertreten, am Herzen liegt, sondern nur das Wohl des Kapitals und daneben jener Schicht von wenig zahlreichen, doch einflußreichen Gewerbetreibenden, die einen besonders großen Betrieb besitzen und so viele Arbeiter beschäftigen, daß sie an einem Lohnabbau zunächst wirklich interessiert sind. Da derartige Mittelstandsführer, wie alle nur privatwirtschaftlich Eingestellten, unfähig sind, volkswirtschaftlich zu denken, und daher die Frage der Lohnkürzung einzig unter dem Gesichtspunkt der Kostensenkung und damit Profiterhöhung in der Einzelunternehmung sehen, ist es nicht weiter verwunderlich, daß ihre Sympathie für die hohe Idee des Abbaus über alle Hindernisse siegreich triumphiert.

Dieser Sachverhalt ist von nicht geringer Bedeutung. Denn damit stellen sich die obersten Gewerbevertreter in einen *scharfen Gegensatz* nicht nur zu den Interessen, sondern auch zum *Wollen von Zehntausenden kleiner Gewerbetreibender*. Der Vorstand des Gewerbeverbandes fürchtet sich offensichtlich vor diesem Gegensatz. Der Satz: »Sie werden es unter diesen Umständen verstehen, daß es nicht leicht sein wird, unsern Gewerbebestand in einen solchen Kampf (gegen die Lohnkürzung) zu führen, und daß wir die Verantwortung hierfür nur bei uneingeschränkter Unterstützung durch die Behörden übernehmen würden«, die Warnung: »Wir könnten unmöglich zugeben, die Anpassung . . . nur auf Kosten dieser Kreise sich vollziehen zu sehen, und machen darauf aufmerksam, daß wir in einem solchen Falle mit Sicherheit zusammen mit andern Kreisen unserer Bevölkerung zu einer gemeinsamen Abwehr eines Lohn- und Preisabbaus *gedrängt würden*«, reden eine deutliche Sprache. Einer Führung, die dem Mittelstand nichts anderes zu bieten weiß als die Unterstützung einer Politik, die die wirtschaftliche Lage des Gewerbes verschlechtert, wird tatsächlich kein Gewerbetreibender in Zukunft sein Vertrauen schenken, sofern er zu erkennen vermag, was hier gespielt wird. Unsere Aufgabe aber ist damit klar gegeben. Weniger als je und irgendwo haben wir hier unsere Hoffnungen

auf Verhandlungen mit Verbandsspitzen in wohlverschlossenen Büroräumen zu setzen. In voller Öffentlichkeit müssen wir uns bei den *Massen der Handwerker und Kleinhändler Gehör zu verschaffen suchen*. Oeffnen wir ihnen die Augen über den Abgrund, in den ihre Vertrauensleute sie zu führen im Begriffe stehen, zeigen wir ihnen überdies die entschiedenen Wiederaufstiegsmöglichkeiten, die die Einführung einer vernünftigen Planwirtschaft ihnen wie dem gesamten werktätigen Schweizervolk bieten würde, so wird ihre Vereinigung mit der »Front der Arbeit« nur eine Frage von Monaten sein.

---

## Die junge Schweiz

Ein Beitrag zur Früh- und Pressegeschichte  
der schweizerischen Arbeiterbewegung.

Von L. Stewart.

Die Julirevolution 1830 in Frankreich, die alle europäischen Staaten erschütterte, drang auch mit ungestümer Macht in die friedliche Schweiz und fand Widerhall an den gewaltigen Bergriesen der Alpenwelt. Die Saat, die seit den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts auch in der Schweizerwelt gesät war, reifte zur Ernte. Der Volksgeist hatte sich seit Jahrzehnten gegen das feudale Regierungssystem erhoben und fand nun im Glutfeuer der Revolution die Befriedigung seines politischen Sehnsens. Stolze Vorkämpfer der Volksrechte, wie Paul Usteri, priesen die Pariser Revolutionstage als »eine Garantie der schönen und bessern Zukunft für alle Völker«, und der alte Bonstetten bezeichnete im Jubelrausch den Juli 1830 als den »Anfang einer neuen großen Epoche der Menschheit«. Aus der politischen Restaurationsepoche trat nun die Schweiz zukunftsfreudig in die neue Regenerationszeit ein. In allen Kantonen, selbst in den Hochburgen der Aristokratie, siegte der Volksgeist. Die Volkssouveränität, das heißt der Grundsatz, daß das in der Gesamtheit der Bürger erscheinende Volk der Träger der staatlichen Gewalt sei, gelangte zur Anerkennung. Die großen, seit dem Ausgange der Helvetik und unter dem Feudalismus zurückgedrängten Prinzipien der Rechtsgleichheit der Bürger, Freiheit des Handels und des Gewerbes, der persönlichen Freiheit, der freien Niederlassung, der Presse- und Glaubensfreiheit erlangten erneute Anerkennung. Die feudalkapitalistischen Kantonsverfassungen mußten freiheitlich-liberalen weichen. Gerechtere Verteilung der Staatslasten, erleichterte Abwälzung des Zehnten und Bodenzinses und andere wirtschaftliche Erleichterungen wurden im Sturmschritt der Revolution erobert. Während der Frühjahrs- und Sommermonate des Jahres 1831 wurde das Begehren des Volkes fast in allen Kantonen durchgeführt. So wurden die großen Schöpfungen eines modernen demokratischen Verfassungswerkes geschaffen, die Casimir Pfyffer in der Helvetischen Gesellschaft als das »große Meisterwerk der politischen Vernunft der neuen Welt« pries.